Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1850. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 247. Sonnabend, 20. Oktober 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zwischenfall in Warschau.

qu. **Das einzige Nachbarland, mit dem Deutschland noch immer keinen Handelsvertrag abgeschlossen hat, ist Polen.** Schon seit Jahren gehen die Verhandlungen hin und her, ohne daß bisher ein nennenswerter Erfolg derselben zu verzeichnen ist. Allerdings schien es vor kurzem schon, als ob man jetzt endlich zu einer Einigung gelangen würde, zumal ein gewisses Entgegenkommen polnischerseits offenkundig in Erscheinung trat. Noch in der letzten Sitzung des Reichskabinetts, in der Dr. Hermes, der Vorsitzende der deutschen Handelsvertragsdelegation in Warschau, eingehend Bericht erstattete, herrschte die Auffassung, daß man aller Voraussicht nach sehr bald zu einem Ziel gelangen würde.

Leider sind diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen, denn nach der Rückkehr Dr. Hermes' nach Warschau kam es in der Zollkommission zu sehr harten Auseinandersetzungen in der Frage der Einfuhr polnischen Fleisches nach Deutschland.

Die Streitpunkte zwischen Deutschland und Polen liegen ganz besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet. Es handelte sich bei allen Verhandlungen und Besprechungen um die Einfuhr lebender Schweine aus Polen nach Deutschland. Die polnischen Schweinezüchter sind auf den deutschen Absatzmarkt angewiesen. Andererseits sträubt sich der Schweine züchtende deutsche Grundbesitz gegen die Einfuhr polnischer Schweine wahrscheinlich, weil er fürchtet, daß dadurch die Preise verdorben werden. Die Polen haben den Vorschlag gemacht, daß wenigstens geschlachtete Schweine zollfrei an deutsche Fleischfabriken geliefert werden können. Dieser Vorschlag ist aber, wie wir hören, von der deutschen Delegation rundweg abgelehnt worden.

Wie wir im Reichsaußenministerium hierzu erfahren, hatte man in deutschen Regierungskreisen von vornherein, wenn auch nicht gerade mit einer unbegrenzten Einfuhr polnischen Fleisches, so doch wenigstens mit einer Kontingentierung dieser Einfuhr gerechnet. Es herrscht daher naturgemäß großes Erstaunen darüber, daß man in Warschau auf einer derartigen Basis nicht zum Ziele gelangen konnte. Nachgewiesenermaßen bestand auf beiden Seiten der offensichtliche Wille zur Einigung, und nach Auffassung deutscher Regierungskreise wäre es sehr wohl möglich gewesen, den Schaden, den die deutsche Landwirtschaft durch eine kontingentierte oder unkontingentierte Einfuhr polnischer Landesprodukte gegebenenfalls erlitten hätte, auf andere Weise wieder gut zu machen. Man steht hier also gewissermaßen vor einem Rätsel, das sich erst lösen lassen wird, sobald Dr. Hermes, der gestern nach Berlin zurückgekehrt ist, dem Reichskabinett, das voraussichtlich schon heute zusammentritt, Vortrag über die letzten Vorgänge in Warschau berichtet haben wird.

Seitens der Reichsregierung wird darauf hingewiesen, daß es sich bei dem jetzigen Stand der Sachlage nicht etwa, wie von verschiedenen Seiten bereits behauptet wurde, um einen Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen handelt, sondern lediglich um eine Unterbrechung. Denn es ist bereits jetzt vorgesehen, daß Dr. Hermes sofort nach seiner Berichterstattung bei dem Reichskabinett nach Warschau zurückkehrt, und alsdann umgehend seine Beratungen mit dem Vorsitzenden der polnischen Handelsvertragsdelegation wieder aufnimmt.

Antisemitische Studentenausschreitungen in Budapest.

)(Budapest. Die schon seit einigen Tagen erregte Stimmung unter der Studentenschaft der Budapester Universität hat auch im Laufe des gestrigen Tags zu überaus bedauerlichen Vorkommnissen geführt. Nicht nur, daß mehrere israelitische Studenten aus den Hörsälen geprügelt wurden — in einem Falle nahm der Rektor, ein katholischer kirchlicher Würdenträger, einen jüdischen Hörer in Schutz —, selbst auf der Straße scheuten die offensichtlich von Rechtsradikalen aufgehetzten Elemente vor Gewalttätigkeiten nicht zurück. Nachmittags wurde nach einer Versammlung der sog. kameradschaftlichen Studentenverbände ein Demonstrationszug in den Hauptstraßen der Stadt veranstaltet, wobei antisemitische Lieder gesungen, Schmähungen gegen die Juden ausgestoßen und Hochrufe auf den numerus clausus ausgebracht wurden. Die Schaufenster des liberalen Blatts „Az Est" sowie die Buchhandlung des sozialdemokratischen Blatts „Volksstimme" wurden eingeschlagen. Auch wurden Tätlichkeiten gegen jüdisch aussehende Passanten verübt. Aus Anlaß des Freitag-Abendgottesdienstes hielten vor der Hauptsynagoge berittene Polizisten Wache. Die neuerlichen Studentenunruhen sind darauf zurückzuführen, daß der Kultus- und Unterrichtsminister die einzelnen Fakultäten angewiesen hatte, die Immatrikulierungsgesuche verschiedener jüdischen Studenten, die ihre Abiturientenprüfung mit „Ausgezeichnet" bestanden hatten, zu berücksichtigen, obwohl die nach dem numerus-clausus-Gesetz vorgeschriebene Anzahl der aufnahmefähigen Hörer bereits erreicht war.

Der deutsch-französische Schüleraustausch.

)(Paris. Oeuvre veröffentlicht einen Artikel, in dem es den in diesem Jahre vorgenommenen deutsch-französischen Schüleraustausch und das Verweilen Berliner Schüler im Heim der Lille Universität in Boulogne-sur-Mer bespricht. Es kündigt an, daß die Universität Lille auch im kommenden Jahre, bereichert durch die Erfahrungen und Lehren dieses Jahres, ihr Werk der internationalen Erziehung und Zusammenarbeit fortsetzen werde.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen unterbrochen.

vdz. Die Polen stellen es so dar, als sei **die jetzige Unterbrechung der Vertragsverhandlungen** durch die Schuld der deutschen Delegation herbeigeführt, die die polnischen Forderungen hartnäckig ablehne. Das dem nicht so ist, ersieht man aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen. Das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt darüber von unterrichteter Seite die folgenden Einzelheiten:

Im vorigen Jahre wurde zwischen dem Minister Dr. Stresemann und dem polnischen Handelsminister Jaskowski ausgemacht, wonach von **Deutschland den Polen eine Einfuhr von Schweinefleisch für Wurstfabriken in Höhe von 200 000 Doppelzentner jährlich und 200 000 Tonnen Kohle monatlich zugestanden wurde.** In der Zwischenzeit wurde um die polnischen Gegenleistungen gekämpft; **die Polen haben uns an Gegenleistungen im Zolltarif so gut wie nichts zugestanden. Die Verhandlungen in den letzten vier, fünf Wochen sind geradezu als eine Farce anzusehen gewesen.** Um die Verhandlungen zu erleichtern, machte die **deutsche Delegation** den Polen ein weiteres **Zugeständnis für unbeschränkte Durchfuhr von Schweinefleisch und Rindfleisch,** und noch vor fünf Tagen überbrachte der deutsche Unterhändler, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, **abermals ein neues Angebot,** nämlich **über eine Erhöhung der Einfuhrkontingente für Schweinefleisch in die Wurst- und Fleischfabriken, sowie des Kohlenkontingents zu verhandeln.**

Deutschland wollte also noch über **das Stresemann—Jaskowskische Abkommen hinausgehen. Die Polen steigerten fortgesetzt ihre Forderungen, ohne uns etwas geben zu wollen.** Sie verlangten **am 15. September,** daß die Einfuhr von lebenden Schweinen und Rindern und die Einfuhr von Schweinefleisch und Rindfleisch völlig freigegeben werden sollte. Da sie wohl selbst keine Möglichkeit sahen, schränkten sie ihre Forderungen etwas ein, **verlangten aber erstens eine Einfuhr von frischem und zubereitetem Schweinefleisch, Rindfleisch und Schaffleisch ohne jede Beschränkung,** zweitens die Einfuhr von lebenden Schweinen mit 600 000 jährlich, von Rindvieh mit 50 000 Stück jährlich und von Kohle mit 500 000 Tonnen monatlich. **Schon angesichts der Seuchengefahr, besonders der Rinderpestgefahr, konnten diese Forderungen unmöglich erfüllt werden.**

Nach dem letzten Angebot des Ministers Dr. Hermes verlangten die Polen wieder, daß die Einfuhr von Vieh und Schweinen völlig unbeschränkt freigegeben werde, und erklärten sodann, daß **„bei einer solchen Sachlage die Kommissionsverhandlungen für den Augenblick gegenstandslos" seien.**

Die Polen umgaben ihre Forderungen mit dem Mäntelchen von der Handelsfreiheit auf Grund der Genfer Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz. Auf dieser Konferenz beantragte zuerst Deutschland die Aufhebung aller Einfuhr- und Ausfuhrverbote. Erst als andere Staaten, besonders England und Polen, dabei Vorbehalte machten, namentlich zugunsten des Farbeneinfuhrverbots, erklärte auch Deutschland, seine Verbote aufrechterhalten zu müssen. **Deutschland hat aber dann freiwillig auf die Ein- und Ausfuhrverbote verzichtet,** bis auf das **Kohleneinfuhrverbot,** das **als einziges deutsches Verbot noch besteht. Polen hat** dagegen **noch immer achtzig Einfuhrverbote,** z. B. für Farben, Eisen und Stahlwaren, Textilstoffe, Autos, Fahrräder, Lokomotiven, Möbel, Glaswaren, Porzellan usw., sowie auch das Kohleneinfuhrverbot.

In Deutschland herrscht also Handelsfreiheit, bei den Polen aber nicht. Die veterinärpolizeilichen Einfuhrverbote sind in der Genfer Konvention vollkommen aufrechterhalten worden. **Deutschland befindet sich also im Einklang mit den Beschlüssen der Genfer Konferenz,** während gerade **Polen** die Handelsfreiheit nicht einführen will.

Das **Reichskabinett** hat sich am Donnerstag mit dem Stande der Verhandlungen mit Polen beschäftigt. **es betrachtet die Unterbrechung der Verhandlungen nicht als einen Abbruch, sondern wird zunächst in aller Ruhe zu den polnischen Forderungen Stellung nehmen.** Danach werden die beiden Delegationsführer zunächst wieder zusammentreten, und es wird dann von den Polen abhängen, ob die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen oder nicht.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hinter den unerfüllbaren polnischen Forderungen **politische Gründe** liegen, **vielleicht eine Abneigung gegen einen Handelsvertrag überhaupt.**

Parker Gilberts Besprechungen in Paris.

Die Festsetzung der Reparationsschulden.

qu. **Berlin.** Nach neueren, hier vorliegenden Meldungen soll sich der **Reparationsagent Parker Gilbert,** der in diesen Tagen in London weilte, dort mit dem Ministerpräsidenten **Baldwin** und dem englischen **Schatzkanzler Churchill** über die **Einsetzung einer neuen Dawes-Kommission zur Festsetzung einer endgültigen Reparationssumme geeinigt haben.** Wie wir hierzu an zuständiger deutscher Regierungsstelle erfahren, erscheint eine derartige Einigung wohl möglich, da bekannt ist, daß Parker Gilbert schon seit längerer Zeit danach strebt, die Schlußfestsetzung der Reparationssumme nach Möglichkeit zu beschleunigen. Parker Gilbert hat auch erklärt, daß er sich dafür einsetzen werde, daß die große Revisionskonferenz möglichst bald, wenn irgend angängig, noch in diesem Jahre, abgehalten wird. In deutschen Regierungskreisen verspricht man sich von den Bemühungen Parker Gilberts den allerbesten Erfolg, zumal es ja feststeht, daß gerade er auf Frankreich, England und Amerika den besten Einfluß auszuüben in der Lage ist. Parallel mit diesen Bestrebungen Parker Gilberts laufen natürlich die Bemühungen der deutschen Reichsregierung, möglichst bald die Höhe der Schlußreparationssumme, die von den Interalliierten gefordert werden könnte, in Erfahrung zu bringen.

•

Ueber die Unterredung Poincarés mit Churchill und Parker Gilbert.

)(Paris. Ueber die gestrige Unterredung Poincarés mit dem englischen Schatzmeister Winston Churchill und dem Reparationsagenten Parker Gilbert veröffentlicht die Agentur Havas eine offiziöse Auslassung folgenden Inhalts:

Die Besprechungen, die seit einigen Wochen in den Hauptstädten der interessierten Nationen gepflogen werden, legen die Vermutung nahe, daß die Verhandlungen über die Liquidierung der Kriegsschulden in eine aktive Phase eintreten. Die Unterredung, die gestern vormittag im Finanzministerium zwischen Parker Gilbert, Churchill und Poincaré stattfand, kann diese Auffassung nur bestätigen. Die Unterredung hatte, wie das Communiqué besagt, nur die Prüfung der Bedingungen zum Gegenstand, unter denen das Komitee der Finanzsachverständigen gebildet werden wird, dessen Schaffung in Genf kürzlich beschlossen worden ist. Trotz der in maßgebenden Kreisen beobachteten Zurückhaltung darf man annehmen, daß die Unterredung sich auch auf andere Gegenstände bezog und daß Churchill und Poincaré die Gelegenheit nicht vorübergehen ließen, um ihre Ansichten über die Regelung der Reparationsfrage auszutauschen. Da kein neues Ereignis seit dem Zeitpunkt eingetreten ist, an dem die französische und die englische Regierung öffentlich ihre Ansicht bekanntgegeben haben, kann man annehmen, daß ihre Stellung die ist, wie sie einerseits in der Note Balfours und andererseits in der letzten Rede Poincarés in Chambery formuliert worden ist. Bekanntlich hat die Regierung gemäß dem in der Note Balfours zum Ausdruck gebrachten Standpunkt erklärt, daß sie von Deutschland und den ehemals alliierten Schuldnern noch die Summe fordern würde, die ihr unerläßlich erscheine, um den Verpflichtungen nachzukommen, die sie gegenüber den Vereinigten Staaten übernehmen mußte. Bekanntlich hat Poincaré verschiedentlich, vor allem in Chambery, erklärt, daß Frankreich sich nicht weigern würde, die Vorschläge zu prüfen, die ihm im Hinblick auf die Mobilisierung seines Guthabens bei Deutschland unterbreitet werden könnten, vorausgesetzt, daß die Regelung es ihm gestatte, sowohl seine Gläubiger zu bezahlen als auch die Summe zurückzuerhalten, die es für den Wiederaufbau des ehemaligen Kampfgebietes verwendet habe. Man kann sich leicht davon Rechenschaft ablegen, daß die Auffassungen der englischen und der französischen Regierung — möge sie auch in gewissen Punkten voneinander abweichen — doch in keiner Weise übertrieben noch unüberbrückbar erscheinen.

Dies war offenkundig der Eindruck, den Churchill von der Unterredung mit Poincaré empfangen hat, wenn man nach dem Ausdruck der Befriedigung urteilen darf, der sich auf seinem Gesicht widerspiegelte, als er das Finanzministerium verließ.

•

Deutschland verständigt.

)(Berlin. Wie wir zu der Unterredung des englischen Schatzkanzlers Winston Churchill und des Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert mit Ministerpräsident Poincaré aus bestunterrichteter Quelle erfahren, ist der Besuch der deutschen Regierung offiziell mitgeteilt worden. Er wird in Berliner Regierungskreisen als ein Fortschritt angesehen.

•

Noch keine Neubildung der Daweskommission.

* Berlin. (Telunion.) „Newyork Times" veröffentlicht eine Meldung aus Paris, in der es als wahrscheinlich bezeichnet wird, daß die deutschen Jahreszahlungen auf 2 Milliarden Mark herabgesetzt werden könnten.

Wie zu diesem Bericht von unterrichteter Seite bemerkt wird, dürfte es sich vorläufig nur um Kombinationen der Berichterstattung der Zeitung handeln. Nach den bisher vorliegenden Berichten kann sich die Reise Parker Gilberts vorläufig nur mit der technischen Seite der Zusammensetzung der Finanzkommission beschäftigt haben. Es darf danach als ziemlich unwahrscheinlich gelten, daß irgendeine endgültige Einigung über die Zusammensetzung der Kommission und über die Höhe der Herabsetzung der Reparationszahlungen schon jetzt erfolgt ist.

SLUB
Wir führen Wissen.